

Die Badener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erstausgabe täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger u. ausd. Vertretungen frei. Einzelhefte 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.35 M., vierteljährlich 4.05 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Neblamzettel 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Neblamzettel 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 214

Freitag, 9. Mai 1919.

75. Jahrgang.

Die Bedingungen.

Die Gebietsverluste.

Die Bestimmungen des Friedensentwurfs enthalten den dauernden Verzicht auf Elsass-Lothringen, den dauernden Verzicht auf Aethi und Verzicht auf alle Gebiete bis zum rechten Ufer, ferner Verzicht auf das Saargebiet einschließlich erheblicher Teile der westlichen Pfalz (Homburg) auf 15 Jahre mit endgültigem Verlust der Gebietshoheit, wenn die Saarbergwerke nach Ablauf der Frist nicht in volles zurückgekauft werden oder ein Plebiszit für Frankreich entscheidet, ferner Verzicht auf Neutral-Moresnet und Preussisch-Moresnet, sowie die Kreise Eupen und Malmedy, die an Belgien fallen, weiter Verzicht auf Ober-Oesterreich, Posen mit Pissa, Birubau, Schneidmühl und Westpreußen mit Thorn, Graudenz und einem breiten Streifen bis zur Ostsee von Weichsel bis weithin Puziger-Nebrung, einschließlich der Stadt Danzig zu Gunsten Polens. Endlich Abgrenzung in Nord- und Westschlesien nach drei Zonen, nördliche Zone im Ganzen, die beiden südlichen nach Zonen mit einfacher Stimmenmehrheit.

Ein Schutzvertrag für Frankreich.

Reuter veröffentlicht folgendes amtliches Communiqué: Der im Friedensvertrag angebotenen Sicherheiten des für den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und der Premierminister von Großbritannien versichert, dem Senat der Vereinigten Staaten beziehungsweise den Parlamenten von Großbritannien einen Vertrag vorlegen, der von Rat des Völkerbundes gebilligt werden soll, in welchem sie sich verpflichten, Frankreich sofort in Hilfe zu kommen, wenn es einem nicht herbeigeführten Angriff Deutschlands ausgesetzt ist.

Das deutsche Kabinett berät.

Das Kabinett ist gestern Vormittag zusammengetreten, um den Friedensentwurf des Völkerbundes Stellung zu nehmen und über die dem Führer der deutschen Abordnung in Versailles zu erteilenden Weisungen zu beraten. In der Ministerratung des Friedensauschusses hat der Ministerpräsident Scheidemann den Standpunkt der Regierung dargelegt. Präsident Hehrenbach teilte in der letzten Sitzung des Friedensauschusses mit, daß er die Nationalversammlung auf kommenden Montag, nachmittags 3 Uhr nach Versailles einberufen beabsichtigt.

Amtliche Meldung über die Uebergabe.

Über den historischen Akt der Uebergabe der Friedensbedingungen in Versailles haben wir bereits eine Privatmeldung mitgeteilt. Der Vollständigkeit wegen geben wir auch noch die amtliche deutsche Darstellung wieder: Um 3 Uhr begaben sich die deutschen Delegierten mit dem Sekretär von dem Hotel des Reservoirs zum Trianon-Palast-Hotel. Im Trianon-Palast erwartete ein großer Vortritt die deutsche Delegation und führte sie in den Saal des großen Saales des Hotels, in dem alle Mitglieder des Kongresses der assoziierten Regierungen, an der Spitze Ministerpräsident Clemenceau, zu seiner Rechten Präsident Wilson, zu seiner Linken Ministerpräsident Lloyd George, beim Eintritt der deutschen Delegation erhoben. Unter Teilnahme an der Sitzung befanden sich außer Marschall Foch nur wenige Offiziere. Alle politischen Beamten der assoziierten und assoziierten Staaten waren abwesend. Graf Brockdorff-Rausan nahm mit den Vertretern an einem kurzen Tisch in der Mitte des Saales Platz, dahinter die Sekretäre. Wenige Minuten nach 3 Uhr eröffnete Ministerpräsident Clemenceau die feierliche Versammlung mit einer kurzen Erklärung, in der er hervorhob, die Stunde zur Regelung der durch den grausamen aufgezwungenen Krieg entstandenen Abgrenzung sei gekommen. Er verlangte den Frieden. Wir sind bereit, ihn zu schließen. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält die Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit geben, die die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu lesen. Wir werden aber für die notwendigen Vorkehrungen und Sicherungen sorgen, damit auf diesen zweiten Weltfrieden, der einen so schrecklichen Krieg abschließen soll, kein weiterer folgt.

Darauf gab Clemenceau den Inhalt der Forderungen an, aber die von den deutschen Delegierten innerhalb von 14 Tagen schriftlich Antwort gegeben werden sollte. Einige von deutscher Seite schon früher Bekannte, die die Entente eine solche Antwort gegenwärtig nicht erteilen, um binnen einer weiteren noch zu bestimmter Frist die endgültige schriftliche Entschliessung von deutscher Seite zu erwarten. Inzwischen überreichte der Ministerpräsident des Friedenskongresses der assoziierten Regierungen, Dutaia dem Grafen Brockdorff-Rausan das Buch mit dem Entwurf der von der Entente vorgelegten Präliminarien. Nachdem Dolmetscher in deutscher und deutscher Sprache diese Erklärung Clemenceaus und deutscher Sprache zur Kenntnis gebracht, erhob sich Clemenceau zu der Anfrage, ob jemand eine Bemerkung zu machen wünsche.

Hierauf gab Graf Brockdorff-Rausan zu erkennen, daß er das Wort wünsche. Er verlas sodann sitzend eine Erklärung in deutscher Sprache, wobei die einzelnen Sätze von den Dolmetschern, Amtsrat Schauer und Dr. Michaelis, in das Französische und Englische überetzt wurden. Der Vortrag des Grafen Brockdorff war ruhig. Stellenweise erhob der Reichsminister mitleidig seine Stimme. Die Versammlung folgte seiner Rede mit größtem Interesse. Nach Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gewünscht würden. Er schloß hierauf die Sitzung.

Der denkwürdige Akt dauerte von 3.05 Uhr bis 3.50 Uhr. Die deutschen Delegierten kehrten sofort nach dem Hotel des Reservoirs zurück, wo Reichsminister Graf Brockdorff der ganzen deutschen Delegation einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Sitzung erstattete.

Savoy meldet: Die kurze Ansprache Clemenceaus schloß mit folgenden Worten: Wenn irgend jemand Bemerkungen vorzubringen hat, so stehen wir zur Verfügung. — Während die Ansprache ins Englische überetzt wird, nähert sich der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutaia der deutschen Delegation, verneigt sich leicht und legt ein Exemplar des Friedensvertrages vor ihr nieder. Es ist ein harter Quarzstein mit weißem Faden, der den Doppel-Titel trägt „Conditions de Paix“ und „Conditions of Peace“. Die deutschen Delegierten murmeln ihren Dank, richten ihre Kniefer, aber öffnen den Band nicht. Der Dolmetscher wiederholt auf deutsch das Reglement der Diskussion, worauf Clemenceau sich erhebt und erklärt, daß Graf Brockdorff das Wort erhält. Von allen Seiten richtet sich die Aufmerksamkeit auf den deutschen Bevollmächtigten, der ein Konzept vor sich hinlegt.

Die erwarteten Gegenentwürfe.

Dem „Petit Parisien“ zufolge müssen sich die Alliierten auf hartnäckige und eingehende Aussprachen, die mit Kritik und Zahlen unterlegt sein werden, gefaßt machen. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich für gewisse Einfuhrartikel Handelsfreiheit verlangen und auch darauf bestehen, daß für die Gewinnung des Vertrauens des deutschen Volkes bei künftigen Anleihen die Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Beziehungen folgt. Endlich wird sie für die Produktion gewisser Metalle, wie zum Beispiel Eisen, und für die deutsche Industrie gewisse Kompensationen verlangen.

Schließung der Börsen.

Nach einem Beschluß des Börsenvorstandes bleibt die Frankfurter Börse bis auf weiteres geschlossen. Jeder Börsenverkehr ist untersagt.

Aus Berlin wird gemeldet: Unter dem vernichtenden Eindruck der Friedensbedingungen, die Deutschland angedeutet werden, hat der Börsenvorstand beschlossen, die Börse auf drei Tage zu schließen.

Stimmen aus dem Reich.

Wie wir von privater Seite erfahren, besprechen alle bürgerlichen Blätter die Bedingungen im ablehnenden Sinne. Sie stellen Bedenken an über den Inhalt der vierzehn Punkte Wilsons und über den Inhalt der jetzt vorliegenden Bedingungen. Der „Vorwärts“ meint, wenn wir die Bedingungen schließlich unter dem Zwang der Lage unterzeichnen, so gefährde das unter innerlicher Ablehnung. Manche Blätter meinen, es könne uns nicht schlechter gehen, wenn wir ablehnen, als wenn wir annehmen. Ein deutscher Diplomat in Versailles erklärte gegenüber Vertretern der Presse, der vorliegende Vertrag sei das Todesurteil für Deutschland.

Unterwegs nach Berlin.

Der deutsche Anier mit dem Friedensvertragsentwurf der Entente verließ am Mittwoch Abend 9 Uhr Versailles. Er wird am Freitag früh in Berlin eintreffen. Daraufhin werden zwölf bis vierzehn der französischen Sprache kundige Juristen an die Uebersetzung des Entwurfs gehen.

Die Auslieferung der Schiffe.

Reuter meldet: Der Oberste Friedensrat hat den Vereinigten Staaten alle deutschen Schiffe anzuverleihen, die seit Beginn des Krieges in Amerika interniert waren.

Heimkehr Schwerverwundeter.

Am Donnerstag Abend 7 Uhr ist ein weiterer Transport von schwerverwundeten deutschen Kriegern aus Frankreich in Konstanz eingetroffen. Die Transporte werden regelmäßig weitergehen.

Ausbau des Räteystems in Bayern.

Neben dem Ausbau des Räteystems in Bayern melden die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die Regierung Hoffmann sei fest entschlossen, alle gesunden, wertvollen Bestandteile des Räteystems dem Staats- und Wirtschaftsleben Bayerns nutzbar zu machen. In den letzten Tagen zwischen Bamberg und Berlin Verhandlungen in der Rätefrage hatgefunden. Ein Gesetz über Arbeiter- und Bauernräte in Bayern ist bereits in Arbeit. Dieser Gesetzentwurf ist dazu bestimmt, die Interessen der arbeitenden Schichten zur Geltung zu bringen und jede Sicherheit auf gesetzlicher Grundlage zu geben.

Die Opfer der Münchener Kämpfe.

Nach einer zuverlässigen Meldung aus München sind bis Montag 443 Tote und mehr als 400 Verwundete bei den Kämpfen um den Besitz Münchens festgestellt worden. Die Zahl der handreichlichen Erschießungen ist auf 158 gestiegen.

Eine neue Bluttat in München.

Amtlich wird aus München gemeldet: Die Erbitterung über die Gelfsmorde sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten hatte zu verabscheuungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand in München entgegen den bestehenden Anordnungen über das Versammlungsverbot eine Versammlung von etwa dreißig Personen statt. Die Versammlung wurde durch Streiktruppen aufgehoben und die Bewaffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Karolinenplatz geführt. In dieses drang gegen neun Uhr abends eine Gruppe bewaffneter bayrischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, wobei diese bayrischen Soldaten, im Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden verhaftet. Eine kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der zweiten Gardedivision. Die Generale v. Oven und Mühl bedauern aufs lebhafteste diesen Ausbruch entfesselter Leidenschaft. Sie haben einen scharfen Befehl erlassen, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß für die schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben, wie sie hier zu lösen sind, nur eine eiserner Disziplin gefestigte und fest in der Hand ihrer Offiziere sich befindliche Truppe gebraucht werden kann.

Die Lage in Budapest.

Die vorgestrige Meldung, daß Entente-Truppen in Budapest eingerückt seien, scheint den Ereignissen vorausgeeilt zu sein. Die Budapestischer Räteregierung war am 7. Mai noch am Ruder und verbreitete an diesem Tage folgende Meldung über die Lage:

Auf das Ersuchen der ungarischen Räteregierung um Waffenstillstand ließ der rumänische General Mardarescu ihr den Entwurf eines Uebereinkommens übermitteln, welches die sofortige Entlassung und Abführung aller den Rumänen gegenüberstehenden ungarischen Streitkräfte; die spätere Entlassung aller anderen ungarischen Streitkräfte, Uebergabe alles Kriegsmaterials, des gesamten Eisenbahnmaterials, welches im Frieden zwischen der Tschech und der ehemaligen ungarisch-rumänischen Grenzverlehere, sowie des in Rumänien erbeuteten Eisenbahnmaterials, d. h. zusammen 1800 Lokomotiven, 4000 Personenzüge, 67 000 Güterwagen, endlich von Schiffsmaterial, Panzerzügen und Kraftwagen vorsteht. Ferner sollen sämtliche Kriegsgefangene, bürgerlichen Geiseln und die von den zurückgehenden Truppen weggeführte Bevölkerung binnen zehn Tagen nach Unterschrift des Uebereinkommens ausgeliefert werden. Die Durchführung des Uebereinkommens wird die rumänische Mission in Budapest mit voller Exterritorialität überwachen. Angeht es dieser Bedingungen soll die ungarische Räteregierung zum Kampf bis zum Aufheben entschlossen sein.

Ausweisung fremder Konsuln aus der Ukraine.

Ein Rundpruch aus Sebastopol meldet: Das Kommissariat des Außenbüros der ukrainischen Sowjetrepublik verhängte die Konsuln aller fremden Mächte, sie müßten binnen acht Tagen das Land verlassen, da ihre Regierungen bisher die ukrainische Sowjetrepublik nicht anerkannt hätten.

Keine Erinnerungen Hindenburgs.

Generalfeldmarschall Hindenburg wird nach seinem Austritt von der Obersten Heeresleitung wieder an seinen früheren Wohnsitz Hannover zurückkehren. Der Marschall erklärt, daß er nicht beabsichtige, Memoiren zu schreiben.

Erpressungsversuch an Bethmann Hollweg.

Ein Erpressungsversuch an Herrn v. Bethmann Hollweg beschäftigte die Strafkammer zu Eberswalde. Angeklagte Grothe in Kupferhammer bei Eberswalde, der sich kurz nach Ausbruch der Revolution bei dem früheren Reichskanzler in Hohenfinow melden ließ, um ihm die Mitteilung zu machen, daß sich gegen Herrn v. Bethmann Hollweg eine Verschwörung gebildet habe. Die Verschwörer seien Mitglieder des Soldatenrates in Kiel, die sich zusammengekommen hätten, um am Kriege schuldige Männer aus der Welt zu schaffen. Grothe erzählte, daß einer der Verschwörer aus Gewissensbissen den Plan dem liberalen Ausschuss des Matrosenvereins in Kiel-Born verlesen habe. Der dortige Matrosenrat habe ihn, Grothe, abgelehnt, dem früheren Reichskanzler die Warnung zu übermitteln. Wenige Tage später forderte Grothe eine pekuniäre Unternehmung für diesen Matrosenvereins. Inzwischen angestellte Recherchen ergaben, daß eine Verschwörung überhaupt nicht bestanden habe. Als Grothe in Hohenfinow erschien, wurde er sofort verhaftet. Die Strafkammer verurteilte Grothe wegen Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis.

